Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1991)

Heft: 4: Weniger Energieverbrauch nach 2000 : die vier Wege zum Ziel

Rubrik: Energieszene Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schlimmer als Tschernobyl?

In der UdSSR hat es nach einem aufsehenerregenden Bericht des sowjetischen Fernsehens wahrscheinlich Fälle von radioaktiver Verseuchung gegeben, die weit schlimmere Folgen hatten als das Reaktorunglück von Tschernobyl im Jahr 1986. Der Fernsehbericht stützte sich auf Ergebnisse einer Untersuchung dreier Vorfälle zwischen 1957 und 1967 in der Nähe der Stadt Tscheljabinsk im Ural.

Der Atomphysiker Anatoli Tsib äusserte die Vermutung, dass 400'000 Menschen radioaktiver Strahlung ausgesetzt worden seien. Tsib sagte nicht, wo die Unglücke geschahen. Seit Jahren kursieren im Westen allerdings Berichte, die sich auf Erkenntnisse von Geheimdiensten stützen, wonach sich die Unglücke in der Nähe der Atomwaffenfabrik Kischtim ereignet hätten. Die Fabrik liegt etwa 90 Kilomter nordwestlich von Tscheljabinsk.

In den 50er Jahren seien radioaktive Abfälle in einen Fluss gekippt worden, hiess es im Fernsehen. Ein Behälter mit strahlendem Inhalt sei 1957 explodiert. Einen weiteren Unfall habe es 1967 gegeben. Damals habe der Wind radioaktive Abfallstoffe über einen See geweht. Im Fernsehbericht hiess es, bei den Unfällen sei Strahlung in der Grössenordnung von 1.2 Milliarden Curie freigesetzt worden. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl waren 50 Millionen Curie gemessen worden. Laut Tsib gibt es in dem betroffenen Gebiet 40 Prozent mehr Fälle von Leukämie als in vergleichbaren Gegenden. Auch die Kindersterblichkeit sei höher.

ap/TA 16.Sept 1991

"Aus" für Tschernobyl

Innerhalb von 14 Monaten soll das Atomkraftwerk Tschernobyl abgeschaltet werden. Dies beschloss im Oktober das ukrainische Parlament. Gleichzeitig entschieden die Abgeordneten, den zweiten Reaktorblock erst gar nicht wieder in Betrieb zu nehmen. Im Turbinenraum dieses Blockes war am 11. Oktober ein Feuer ausgebrochen. Seitdem steht der Reaktor still. Nach den Worten von Wladimir F. Shovkoshytny, Präsident der Tschernobyl-Union und Mitglied des ukrainischen Parlaments, ist der Schliessungsbeschluss des maroden AKW aufgrund des Druckes der Bürgerinnen und Bürger sowohl der Ukraine als auch im Ausland zustande gekommen.. Zudem hätten die neuerlichen Feuer die Entscheidung beschleunigt.

Das ukrainische Parlament bat gleichzeitig ausländische Spezialisten bei der Stillegung zu helfen. Ausserdem appellierten sie an die Atomländer, mit Geldspenden dieses Vorhaben zu unterstützen, weil sonst der geplante Schliessungstermin nicht eingehalten werden könne.

Nachgedacht werden soll nun ausserdem über alternative Energiequellen.

TAZ Okt. 1991

Stillegung des AKW Greifswald

Die Stillegung des Atomkraftwerks Greifswald in der früheren DDR ist jetzt endgültig. Der deutsche Umweltminister Töpfer stellte im September eine Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit vor, die eine Nachrüstung auch des modernen Blocks 5 als wenig aussichtsreich und zu teuer erscheinen lässt. Töpfer sieht ferner keine Chancen für ein neues Kraftwerk westlichen Typs in Greifswald. Der Betriebsrat rechnet mit bis zu 2500 Entlassungen. Ungeklärt bleibt vorerst das Schicksal der verbrauchten Brennelemente, die sich seit 1985 in Greifswald stapeln. Töpfer verhandelt mit Russlands Führung über eine Rücknahme des Atommülls.

NZZ 11. Sept 1991

Gegen Zwischenlager in Greifswald

Auf dem Gelände des stillgelegten AKS bei Greifswald soll ein gigantisches Zwischenlager für Atommüll gebaut werden. Die Greifswalder Bürgerschaft mit CDU-Bürgrmeister Reihard Glöckner an der Spitze ist "empört" über die Pläne der Atomindustrie und entäuscht von den manglenden Informationen der CDU-Landesregierung. Bundesumweltminister Klaus Töpfer geht es derweil nur um die vorläufige Lagerung von den rund 700 Tonnen Brennstäben aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Greifswald. Nach Greenpeace-Informationen soll das Gelände des stillgelegten AKW aber zentrales Atommüllager Deutschlands werden.

TAZ 25. Sept./15 Okt. 1991

Besorgnis über sowjetische AKW

Der amerikanische Atomexperte Ivan Selin hat sich besorgt über die mangelnde Sicherheit der Atomkraftwerke in Osteuropa gezeigt. Selin, der Vorsitzender der amerikanischen Atomkontrollkommission ist, hat in Washington nach der Rückkehr von einer Osteuropareise erklärt, angesichts der wirtschaftlichen Probleme dieser Staaten sei eine baldige Besserung der Sicherheit der AKW nicht zu erwarten. Zudem sei die Wirtschaft in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern extrem abhängig von der Atomenergie. Viele sowjetische Atomreaktoren weisen noch die gleichen Sicherheitsprobleme auf, die 1986 zur Katastrophe von Tschernobyl geführt haben.

NZZ 10. Nov 1991

Versäumnisse in bulgarischem AKW

Das bulgarische AKW Kosloduj ist jetzt auch von offizieller bulgarischer Seite als beträchtiliches Sicherheitsrisiko eingesstuft worden. Eine Reigierungskommission, die das AKW überprüfte, spricht von skandalösen Versäumissen. Der Zustand der technischen Ausrüstung genüge in keiner Weise den heutigen Sicherheitsanforderungen. Es gebe zu wenig qualifiziertes Personal und die Qualität der Arbeit, Disziplin und Ausbildung des Personals sei extrem schlecht. Bei den ersten vier von sechs Blöcken fehlen Vorkehrungen zum Schutz vor Erdbeben. Die beiden jüngeren 1000-Megawatt-Blöcke seien entgegen den ausdrücklichen Warnungen von Experten gebaut worden. Laut Angaben der Kommission weigern sich die speziell für das AKW ausgebildeten Experten, dort zu arbeiten, obwohl sie mehr als doppelt soviel verdienen würden, wie ein durchschnittlicher bulgarischer Arbeiter. Das AKW produziert zwischen 30 und 40 Prozent des bulgarischen Stroms.

NZZ 10. Nov 1991

Japan baut Atomprogramm aus

Fast ein halbes jahrhundert nach den Atomangriffen auf Hiroshima und Nagasaki hat Japan ein ehrgeiziges Programm erstellt, nach dem Plutonium zur friedlichen Nutzung produziert werden soll. Nach Schätzungen der japanischen Atomenergie-Kommission wird Japan bis zum Jahr 2010 etwa 85 Tonnen Plutonium besitzen. Sechs Kilogramm reichen aus, um eine Atombombe des Typs Nagasaki zu bauen. Zudem will Japan, das mangels Ölquellen gegen Energieknappheit ankämpft, bis 2010 weitere 40 AKW ans Netz anschliessen. Zurzeit laufen bereits 41 Kernreaktoren.

TA 4. Nov 1991

Energiewende und globale Revolution

Der Club of Rome hat seinen Bericht "Die globale Revolution" vorgestellt. Die darin enthaltene These zur Atomenergie war auch Gegenstand der zur gleichen Zeit im Südtirol laufenden "Toblacher Gespräche" zwischen Politikern und Wissenschaftern. Die Teilnehmer in Toblach setzten sich vom Bericht des Club of Rome ab, der die Offenhaltung der nuklearen Option fordert und damit zentralistische Lö-

sungen des Klimaproblems befürwortet.
NATUR 10/91

EG-Umweltminister für Energiesteuern

Die Umweltminister der Europäischen Gemeinschaft EG haben sich kürzlich für die Einführung einer Energiesteuer ausgesprochen. Mit der Massnahme soll der Kohlendioxidausstoss verringert und damit die stetige Erwärmung der Erde bekämpft werden. Die Energiesteuer wäre die erste EG-weite Steuer. Sie ist Teil eines von der EG-Kommission vorangetriebenen Massnahmenpakets, mit dem der Kohlendioxid-Ausstoss bis 2000 auf den Werten von 1990 eingefroren werden soll.
TA Okt. 1991

Fragliche Kernfusion

Am Wochenende des 9. und 10. Novembers 1991 liefen Nachrichten durch die Medien, wonach im europäischen Fusions-Forschungszentrum JET bei Oxford in England ein Durchbruch bei der Kernfusion gelungen sei. Zugleich hiess es, es würden noch mindestens 50 Jahre vergehen, bis die Kernfusion kommerziell zur Stromerzeugung genutzt werden könne. Diese Meldungen sind widersprüchlich und zum Teil falsch.
An jenem Wochenende experimentierte man in Ringrohr bei Oxford bei 200 Mio Kelvin erstmals mit einem Brennstoffgemisch aus Deuterium und Tritium. Dabei sei zweimal innerhalb einer Sekunde eine Wärmeleistung von jeweils einem Megawatt freigesetzt worden. Aus diesen Zahlen in der Pressemitteilung konstruierten einige Journalisten bis zu 2000 MW elektrischer Leistung und schliesslich einen Durchbruch auf dem Gebiet der Kernfusion, wobei natürlich der Hinweis auf die saubere und unerschöpfliche Energiequelle nicht fehlen durfte. Doch über eine Energiequelle, die es noch gar nicht gibt, kann man auch keine Aussagen bezüglich Wirtschaftlichkeit und Sicherheit treffen. Alle Studien stimmen darin überein, dass solche Anlagen ungleich komplexer und teurer wären als heutige Kernspaltungs-Kraftwerke und dass ihr Gefährdungspotential vergleichbar hoch wäre. Der Fusionsbrennstoff Tritium, ein Betastrahler, könnte schon durch minime Lecks in die Umwelt gelangen. Ausserdem würden laufend grosse Teile einer Fusionsanlage radioaktiv aktiviert und damit zu Atommüll.
WW 14. Nov. 1991

Prag setzt weiter auf Kernenergie

Um die ökologische und ökonomische Katastrophe abzuwenden, setzt die Regierung in Prag weiterhin auf die Kernenergie. Der österreichische Versuch, den Ausstieg der CSFR aus der Atomkraft mit Gratisstrom zu erkaufen, ist zumindest vorerst gescheitert.

Obwohl immer noch 56 Prozent der gesamten Energieproduktion aus Braunkohlekraftwerken stammen, hat die Kohle ihre "Blütezeit" hinter sich. Nicht nur aus Umweltschutzgründen und weil sich die Braunkohlelager erschöpfen. Weil immer mehr chemische und metallverarbeitende Betriebe seit der Wende stillgelegt werden, sinkt auch die Nachfrage nach diesem fossilen Energieträger.

Die CSFR hat europaweit den grössten Pro-Kopf-Stromkonsum. Obwohl künftig mit einer Zunahme im privaten Bereich zu rechnen ist, wird einer Verwaltungsstudie zufolge der industrielle Energieverbrauch weiterhin abnehmen.

Bis Mitte der 90er Jahre muss die nicht mehr länger staatlich subventionierte Kohle-Förderung um 4.5 Millionen Tonnen pro Jahr abnehmen. Um die Energieversorgung des Landes auch künftig sicherzustellen, setzen die Verantwortlichen in Prag auf Atomenergie. Tatsächlich befand sich das Land aber schon vor der Wende auf dem Weg zum Atomstaat. Angesichts der zunehmenden Umweltschäden durch die Kohleverbrennung, setzte bereits die alte Regierung auf neue Kernkraftwerke. Allen kritischen Stimmen zum trotz gewannen in den letzten Jahren die Atomkraftbefürworter, zu denen selbst Vertreter der CSFR-Umweltschutzbewegung gehören, noch an Gewicht.

Nur 100 Kilometer von Wien entfernt liegt das umstrittene AKW Bohunice, dessen störanfälligen Reaktorblöcke aus sowjetischer Produktion für Spannungen zwischen Wien und Prag sorgen. Bundeskanzler Franz Vranitzky ersuchte im Frühjahr Prag, wenigstens zwei der Reaktoren abzustellen. Als Gegenleistung stellte er gratis Ersatzstrom und günstige Kredite für einen Ausstieg aus der Kernkraft in Aussicht. An einen solchen Ausstieg denkt man in Prag allerdings nicht. Zwei weitere Anlagen mit je vier Reaktoren von 1000 MW werden zur Zeit gebaut.
TA 23. Okt 1991

Angesichts der zunehmenden Umweltschäden setzt auch die neue Regierung in Prag auf den Atomstaat, unterstützt von der CSFR-Umweltschutzbewegung. (Bild WWF)

TA Tages-Anzeiger, NZZ Neue Zürcher Zeitung, TAZ tageszeitung (Berlin), VR Volksrecht, WW Weltwoche